



Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege München

Federführung: AWO Kreisverband München-Stadt e.V.

Julia Sterzer
Sprecherin

An
Bundesminister für Gesundheit
Prof. Dr. Karl Lauterbach
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

c/o AWO Kreisverband München-Stadt e.V.
Gravelottestr. 8
81667 München
Tel. 089 / 458 32 - 110
Fax 089 / 458 32 - 200

arge@awo-muenchen.de
www.arge-freie-muenchen.de

Offener Weihnachtsbrief an Bundesminister Lauterbach

12. Dezember 2022

Sehr geehrter Herr Minister Lauterbach,

Wir wenden uns in großer Not an Sie mit der Erwartung, drängende Probleme der Langzeitpflege zu lindern und unserem symbolisch gesprochenen weihnachtlichen Wunsch umfassende Pflegereformen zu verabschieden, die dem Personalnotstand effektiv entgegenwirken und das Umstellen auf eine Pflegevollversicherung.

Selbst in einer wohlhabenderen Kommune wie München, in der es seit vielen Jahren zahlreiche Maßnahmen gibt, die auf eine Linderung des Personalnotstands in der Pflege abzielen, kann der Personalbedarf nicht gedeckt und dadurch können Pflegeplätze nicht angeboten werden. Pflegende, Pflegebedürftige sowie Angehörige sind dabei die Leidtragenden.

Ursächlich für die heutige desaströse Situation sind langjährige Versäumnisse bei den Arbeitsbedingungen und bei der Attraktivität des Pflegeberufs.

Corona hat bekanntermaßen die Personalengpässe durch Ausfälle und Quarantänebestimmungen dramatisch verschärft und hat verdeutlicht, wie notwendig es ist, das System der Pflegeversorgung mit grundsätzlich mehr Ressourcen auszustatten. Die kommende Personalbemessung aus der sog. Rothgangstudie heraus bringt keine zusätzlichen Ressourcen, sondern versucht ein Mangelmanagement zu optimieren, jegliche Effizienzressourcen sind bereits erschöpft.

Schwierige Arbeitsbedingungen und mangelnde Attraktivität des Pflegeberufs führen dazu, dass viele ausgebildete Fachkräfte dem Feld den Rücken kehren. Aufgrund von umfassenden bürokratischen Dokumentations- und Organisationsanforderungen fehlt oft die Zeit mit oder an den Bewohner*innen. Studien zeigen auf, dass der Dokumentationsaufwand bis zu einem Drittel der täglichen Arbeitszeit beträgt. Im Ermessen dessen, was zum Wohle des Bewohners dokumentiert werden muss, sollte den Trägern mehr Verantwortung zugestanden werden.

Einerseits wehren wir uns nicht unsere erbrachten Leistungen nachzuweisen. Andererseits stehen hier Ordnungs- und Leistungsrecht bei den Prüfungen durch MD und FQA im Konflikt zulasten der Pflege. Ebenso ist der gesetzliche Auftrag der Prüfinstanzen, zu beraten und zu unterstützen, gerade in Krisensituationen nicht ausreichend. Hier sollte mit den Prüfbehörden Mechanismen der Stärkung und Krisenbewältigung über Zuschaltung von Personal entwickelt werden.

Auch die Rekrutierung von neuen Mitarbeitenden oder Auszubildenden stellt uns täglich vor Herausforderungen. Wir sind im Pflegebereich auf Zuwanderung angewiesen, aber ein langes und restriktives Anwerbeverfahren verschreckt bisher viele ausländische Bewerber*innen. Hier hoffen wir auf das neue Fachkräfte-Zuwanderungsrecht.

Mit der Neuordnung durch die generalistische Pflegeausbildung droht die Altenpflege außerdem im Wettbewerb mit den Kliniken personell auszubluten. Die Kliniken steuern wesentlich die Ausbildung und bieten den Absolventen eine weit höhere Bezahlung.

Der Trend zu mehr Zeitarbeitstätigkeit muss unterbunden werden. Für Leih-/Zeitarbeits Mitarbeitende müssen vergleichbare Stundensätze und Arbeitsbedingungen wie für tariflich vergütete Beschäftigte gelten. Zeitarbeitsmitarbeitende dürfen bei Einsatzzeiten und Verantwortungsübernahme nicht bessergestellt sein als Stamm-Mitarbeitende. Deswegen braucht es dringend eine Regulierung von Vergütungssätzen für Zeitarbeit, damit keine sozialen und finanziellen Mehrbelastungen im Pflegesystem entstehen.

Als großen Wunsch bringen wir eine echte Pflegereform mit Umstellung auf eine Pflegevollversicherung vor. Pflegebedürftigkeit, d.h. die direkten Pflegekosten, soll über die soziale Pflegeversicherung voll abgesichert werden (Vollkaskoversicherung). Der Eigenanteil muss verlässlich gedeckelt sein, durch Pflegebedürftigkeit dürfen weder die Bewohner*innen noch die Angehörigen in die Armut rutschen.

Der Rettungsschirm zur Abdeckung des Mehraufwands und der Mindereinnahmen, die der Corona-Pandemie geschuldet waren, war großzügig, muss aber fortgeführt und ergänzt werden. Die Erstattung von Mehrausgaben aufgrund der Kostenexplosion bei Energie und Nahrungsmitteln muss gesichert sein. Hier ist zu prüfen, ob der soziale Härtefond für Pflegeeinrichtungen im Rahmen des Entlastungspakets III die notwendige Kostenkompensation bringt.

Der Bund sollte analog zur Krankenhausfinanzierung auch die Länder bei der Sicherstellung und Finanzierung der Pflegestruktur in die Pflicht nehmen. Die Investitionsförderung in Bayern über PflegeSoNah deckt nicht den bestehenden Bedarf ab, geht mit einer sehr aufwändigen Antragstellung einher und ist für uns Träger in den Bewilligungsentscheidungen nicht transparent genug.

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Lauterbach, wir appellieren an Sie umgehend zu handeln.

Wir wünschen Ihnen einen guten Jahresabschluss und frohe Weihnachten.

Mit freundlichen Grüßen



Julia Sterzer
Geschäftsführerin
AWO KV München-Stadt e. V.



Hans Kopp
Geschäftsführer
AWO KV München-Stadt e. V.